

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/220 - 29. September 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Die Entscheidung der FDP</u> Von Franz Biersig	73
3	<u>Kabinetts der nationalen Konzentration</u> Dieses Gebot bleibt auf der Tagesordnung deutscher Politik	42
4 - 5	<u>Radikalisierung in Paris</u> Wachsende Umsturzgefahr Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer	52
5	<u>Aufstand in Damaskus</u> Zerbricht die "Vereinigte Arabische Republik"	24
6 - 7	<u>Die Rolle der DFU</u> Irregaleitete Gutgläubige	60

* * *

Die Entscheidung der FDP

Von Franz Barsig

Die Entscheidung, die die Freien Demokraten am heutigen Nachmittag zu treffen haben, ist sicherlich nicht leicht. Niemand sollte ihnen dabei hereinreden, aber niemand kann ihnen dabei auch helfen. Sie selber müssen wissen, ob sie bei dem einstimmig gefassten Beschluss bleiben, niemals eine Koalition mit Dr. Adenauer einzugehen, oder ob sie eine Ab-sprungbasis finden, die den ursprünglich gefassten Beschluss wieder revidiert.

Wie immer diese Entscheidung auch ausfällt, die Freien Demokraten haben sie selber zu verantworten und sie sollten es sich nicht so leicht machen, die Verantwortung für ihr eigenes Tun auf andere abzuwälzen.

Anzeichen in dieser Richtung hat es in der letzten 24 Stunden genügend gegeben. Die FDP muss aber wissen, dass es un wahr ist, wenn sie behauptet, der angebliche sozialdemokratische Salto mortale einer Koalition der SPD mit Adenauer sei für sie ein Grund, nun doch mit dem antie-renden Bundeskanzler zusammenzugehen.

Man mag den Sozialdemokraten manches anzuhängen versuchen, aber sie haben in ihrer langjährigen Geschichte noch niemals jemandem Anlass gegeben, sie des Wortbruches zu bezichtigen. Das wissen die Freien Demokraten nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis aus vielen Land-tagen, in denen sie bei Koalitionsverhandlungen oft von der CDU/CSU ge-läuscht worden sind, während die Sozialdemokraten immer zu ihrem Wort gestanden haben.

Nicht andere war es seit dem 17. September. Noch in der Wahlnacht hat der Kanzlerkandidat der SPD, Willy Brandt, in aller Öffentlichkeit erklärt, dass die Sozialdemokratische Partei aus Gründen der nationalen Verantwortung ein Kabinett anstrebt, dem alle demokratischen Parteien angehören sollen. An dieser Haltung der SPD hat sich bis heute nichts ver-ändert und für eine Partei sollte das gelten, was sie selber sagt und nicht das, was andere von ihr behaupten. Aber auch aus jedem persönlichen Gespräch, das autorisierte Vertreter der Sozialdemokratischen Partei mit den Freien Demokraten führten - und es waren nicht wenige - ist vollends klar geworden, dass die Sozialdemokratische Partei nicht daran denkt, die eine Partei gegen die andere auszuspielen, und dass sie immer bestrebt war, die Freien Demokraten in die Verantwortung mit einzubeziehen.

Das letzte Mal hat die FDP diese verbindliche Erklärung der SPD von dem Manne zu hören bekommen, dem die Spitzenkörperschaften der SPD am 20. September ausdrücklich bestätigt haben, dass er die Autorität hat, für die Partei zu handeln und zu sprechen. Das war am Mittwoch dieser Woche. Trotzdem haben die Freien Demokraten am Donnerstag wider besseres Wissen behauptet, die SPD sei unter allen Umständen bereit, eine Koalition mit Dr. Adenauer einzugehen und sie gebrauchten das böse Wort vom "erschleichen" der Regierungsverantwortung.

Die Freien Demokraten wissen auf der anderen Seite ebenso genau, dass die Sozialdemokratische Partei auch in jedem Gespräch mit Vertretern der CDU und der CSU immer den gleichen Standpunkt vertreten hat, nämlich dass für sie die All-Parteien-Regierung die gegebene Lösung ist. Zu keinem Zeitpunkt ist auch nur mit einem Wort mit den Vertretern dieser beiden Parteien die sogenannte schwarz-rote Koalition unter Ausschaltung der FDP erörtert worden.

Das alles wissen die Freien Demokraten, und es wäre für die SPD ein Leichtes, detaillierte Beweise anzuführen. Sie versagt es sich heute bewusst, Schalen von Spott und Hohn über die Freien Demokraten auszugießen, denn niemandem wäre damit gedient. Sie hat im Hinblick auf die heutige Sitzung der FDP nur eine Forderung zu stellen. Wie immer diese Entscheidung auch ausfällt, die Freien Demokraten sollen sie bitte selber verantworten und nicht versuchen, imaginäre Sündenböcke zu finden, weil es die nicht gibt, es sei denn, sie haben sich von Herrn Strauss täuschen lassen oder die Standfestigkeit von Herrn Erhard zu hoch eingeschätzt, obwohl es in der Vergangenheit genügend Beweise dafür gibt, dass man sich gerade darauf nicht verlassen kann.

Heute noch ist die FDP Herr ihrer Entscheidungen. Wenn man ihr einen Rat geben kann, dann vielleicht den, sich nicht erneut zum Gefangenen ihrer selbst zu machen. Sie kann die All-Parteien-Koalition ablehnen und sie kann erneut erklären, ein nationaler Notstand sei nicht zu sehen. Sie macht dann zwar denselben Fehler wie die CDU/CSU, aber viel weiter wird sie damit auch nicht kommen. Die SPD wird den Beschluss respektieren, denn sie hat sich noch nie in die internen Auseinandersetzungen anderer Parteien eingemischt und sie hat noch nie ihre Koalitionspartner gespalten. Die SPD wird aber nicht bereit sein hinzunehmen, wenn die Freien Demokraten diese ihre Entscheidung weiterhin mit Motiven begründen, die in den Tatsachen keine Rechtfertigung finden.

Kabinett der nationalen Konzentration

sp - Die neue sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat auf ihrer ersten Sitzung einmütig die Grundhaltung der sozialdemokratischen Führungsgremien zu den Fragen und Problemen gutgeheißen, die sich nach wohlbegründeter Auffassung dieser Partei als Folge der Wahlentscheidung des 17. September ergeben. Eine gründliche, viele Aspekte deutscher Politik berührende Diskussion ergab auch Einmütigkeit darüber, dass angesichts der ausserordentlich schweren Belastungen, die auf das deutsche Volk in den nächsten Wochen und Monaten zukommen, die Bildung eines Kabinetts der nationalen Konzentration die einzig gerechte Antwort darauf wäre. Diese Forderung ist nicht gestellt worden, um der aus den Wahlen so verstärkt hervorgegangenen Sozialdemokratie einen Platz an der Sonne zu sichern - wer so denkt, hat die Zeichen der Zeit nicht begriffen, er denkt in kleinlicher Kategorien, ist allzu stark dem Gestern verhaftet und verschliesst sich dem Blick für die Zukunft. Diese Zukunft wird anders aussehen als die letzten 15 Jahre, düsterer und schwerer und mit vielen Fragezeichen versehen.

Der in der Luft liegende Gedanke eines Kabinetts der nationalen Konzentration hat bisher bei den anderen im Bundestag vertretenen Parteien noch keine Resonanz gefunden - wir sagen noch - aber wie lange kann diese Abstinenz andauern? Auch dem Blindesten wird das Ende der Adenauer-Ära sichtbar und damit das Ende einer Politik, die sich nicht konservieren lässt. Kann es eine Bundesregierung, wie immer sie auch zusammengesetzt sein mag, sich leisten, in ausgetretenen Pfaden zu wandeln, so wie es der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herr Rasner, wünscht? Eine Regierung, die daran festhält, was sich als überlebt und brüchig erwiesen hat, kann wohl einige Zeit noch so tun, als wäre um uns nichts geschehen, doch bald wird sie am Ende ihres Lateins stehen.

Die Haltung der Deutschen Sozialdemokratie an der nun einsetzenden Wegscheide deutscher Politik ist nach allen Seiten offen, sie hat nichts zu verbergen. Sie ist bereit, ihren Anteil an Verantwortung, den ihr elf-einhalb Millionen Wähler gegeben haben, zu tragen. Dazu bedarf es einiger Voraussetzungen. Sie sind der deutschen Öffentlichkeit und den im Bundestag vertretenen Parteien bekannt. Die Politik dieser grossen, den Staat mittragenden Partei steht unter dem Gebot der Unterordnung unter allgemeine nationalpolitische Gesichtspunkte. Diese erfordern um der Wahrung des inneren Zusammenhaltes der deutschen Nation willen ein Höchstmaß von Gemeinsamkeit in nationalen Lebensfragen. Mögen sich andere Parteien noch nicht mit diesem Gedanken befreunden, mögen sie um den von ihnen beanspruchten innenpolitischen Beuteanteil streiten - das Verlangen nach einem Kabinett der nationalen Konzentration bleibt auf der Tagesordnung deutscher Politik, es ist nicht mehr wegzuwischen.

+ + +

Radikalisierung in Paris

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Schauer

Auf der ausserordentlichen Landeskonferenz der sozialistischen Partei Frankreichs gab es diesmal keine Mehrheit und keine Minderheit mehr, sondern nur noch Einstimmigkeit im entschlossenen Abwehrkampf gegen die wachsende rechtsradikale Umsturzgefahr, Einstimmigkeit auch in der Kritik der Schwächen de Gaulles und in der Forderung nach dem Rücktritt des gegenwärtigen Premierministers Debré.

Es gab zwei Höhepunkte auf dieser aussergewöhnlichen Tagung: einmal als die Delegierten den letzten dramatischen Dialog de Gaulle-Mollet erfuhren. Man ersieht daraus jedenfalls, dass sich der französische Staatspräsident nicht mehr taub stellt und die wachsende Gefahr sieht. Das andere Ereignis war die Rede des sozialistischen Bürgermeisters von Marseille, Gaston Defferre. Er forderte klipp und klar unter dem Beifall der Konferenz den Galgen oder die Kugel für die Leute der OAF, für die Plastikbomben-Werfer und Fomax-Mörder.

Senator Defferre ist kein Radikaler, er spricht so, wie die meisten Franzosen denken. Ganz ähnliche Akzente hört man heute überall in Paris, auf der Strasse und in den Betrieben, in den Entschliessungen der Gewerkschaften und auf der Pressekonferenz Mendes-France, auf der Parteikonferenz der Kommunisten und nicht zuletzt im Elysee-Palast. Die Franzosen haben es einfach satt, im Nagel der Plastikbomben zu leben, endlose Kolonialkriege zu führen und alle sechs Monate vor den Gewehrzündungen einer Putschbewegung zu stehen.

Mollet und Mendes-France

Die Stunde muss in diesem Herbst 1961 aussergewöhnlich ernst sein, wenn Mollet und Mendes-France sich nach drei Jahren wiederschen und über gemeinsame Schritte beraten! Beide waren sie Ministerpräsidenten der 4. Republik. Mendes-France, der frühere Chef der Radikalen Partei, beendete 1954 den Indochina-Krieg. Mollet, der Präsident der sozialistischen Partei, wurde zwei Jahre später Regierungschef, als Führer der "Republikanischen Front". Mendes-France wurde dann Staatsminister. Beide sollten sie damals den Algerienkrieg beenden, die Ultras niederschlagen. Am 6. Februar 1956 wich der frischgebackene Ministerpräsident in Algerien vor den rechtsradikalen Demonstranten zurück. Zuerst musste Mendes-France

zurücktreten, dann Mollat. Bald stürzte die ganze 4. Republik. Heute geht es der 5. Republik an den Kragen. Aus den faulen Tomaten sind Plastikbomben geworden. Aus den Radaubrüdern von damals wurde eine wohl organisierte Bürgerkriegsarmee.

Einheitsfront

Was nun? Republikanische Front, demokratisches Kartell oder Volksfront? Gegen oder mit de Gaulle? Mendes-France ist heute nicht mehr Chef der linksbürgerlichen Radikalen, sondern Mitglied der unabhängigen sozialistischen Partei, PSU, die eine Einheitsfront mit den Kommunisten nicht ablehnt. Dass Mollat sich mit Mendes-France zusammensetzt, ist schon ein Zeichen der Zeit. Von da bis zu einer breiten Links-Front ist es nicht mehr weit. Bezeichnenderweise wurde von der KP-Frankreichs, die immer noch 20 Prozent der Wählerschaft und die Mehrheit in zahlreichen Arbeitervororten der Hauptstadt besitzt, den Sozialisten gegenüber ein auffallend freundlicher Ton angeschlagen. Man versucht da und dort, das Brennende zurückzustellen. Die französische Republik befindet sich in einer Zwangslage. Die Linkeradikalisierung in Paris ist die natürliche Reaktion auf die akute Bedrohung der Rechtsextremisten in Alger und auf die Aktivität der von Madrid gelenkten OAF.

+ + +

Aufstand in Damaskus

sp - Präsident Nasser, der "starke Mann von Nil", hat grosse Sorgen in Syrien, der Nordregion der Vereinigten Arabischen Republik, herrscht offene Rebellion gegen Kairo. Damit ist der Nahe Osten wieder einmal aus der trügerischen Ruhe gespielter Harmonie gerissen.

Bei dem Aufstand von Damaskus geht es für Nasser um mehr als um den Abfall eines Landesteiles, das ganze Prestige des Propheten der arabischen Einheit steht hier auf dem Spiel. Gelingt es ihm nicht, der syrischen Verschwörung in Kürze Herr zu werden, bedeutet das für Kairo sowohl eine erhebliche Schwächung seiner Position innerhalb der arabischen Liga, als auch im Lager der blockfreien Staaten.

Am Nil wird eine kleine Clique Unzufriedener als Initiator der gegenwärtigen Schwierigkeiten hingestellt. Es ist auch durchaus möglich, dass die von Nassers rigorosen aber notwendigen Sozialreformen betroffenen Kreise hinter den aufständigen Militäre stehen. Ausserdem aber wäre es keine Sensation, wenn auch Kassar oder Huesek, zumindest indirekt, die Rebellen decken. Trotz aller Einheitsbeteuerungen in der arabischen Welt wird jede Ohrfeige, die der beneidete VAR-Präsident hinnehmen muss, bei seinen Nachbarn nur Schadenfreude auslösen.

"Der Sultan ist weit" war früher ein geflügeltes Wort in den Provinzen des osmanischen Reiches, und die Statthalter regierten nach Gutdünken. Von Damaskus aus gesehen ist auch Kairo weit. Möglich also, dass Nasser jetzt die Suppe auslöffeln muss, die ihm seine syrischen Beamten einbrockten.

+ + +

Die Rolle der DFU

W.K. - Die Wege der Kommunisten sind oft, um zu ein und demselben Ziel zu gelangen, verschieden und verschlungen. 1957 wie 1961 war eins ihrer Hauptziele, die deutsche Sozialdemokratie bei den Bundestagswahlen zu schädigen. Moskau und Pankow glaubten das 1957 am besten dadurch erreichen zu können, dass sie den ehemaligen westdeutschen KP-Chef Heimann verkünden liessen, die Kommunisten sollten in Ermangelung einer eigenen Partei SPD wählen. Erwiesenermaßen haben das die so Angesprochenen - sicher auf den gültigen, geheimen und entgegengesetzten Parteibefehl hin - nicht getan. Erwiesen ist aber auch, und das war das kommunistische Ziel, dass viele Wählerinnen und Wähler deshalb keine sozialdemokratischen Kandidaten wählten, weil die ja auch angeblich von den Kommunisten unterstützt würden. Und mit denen wollte man keine gemeinsame Sache machen.

Auch in der nun hinter uns liegenden Wahl war das Hauptziel der Kommunisten die Schädigung der deutschen Sozialdemokratie. Während man 1957 die von rechts zur SPD stossenden Wähler abschrecken wollte und abgeschreckt hat, versuchte man diesmal potentielle SPD-Wähler auf der entgegengesetzten Flanke zu absortieren. "Unzufriedene" und "Enttäuschte" vom sogenannten neuen Kurs sollten herausgetrieben und in der ferngelenkten DFU aufgefangen werden.

Immerhin, fast 2 Prozent der Stimmen wurden für die Freunde Ulbrichts ausbezahlt. Ohne den Gewaltakt vom 13. August und vor allem ohne die sowjetische Wiederaufnahme von Atomversuchen wären sicher noch mehr Gutgläubige den von Frieden und Menschlichkeit triefenden Parolen dieser kommunistischen Tarnorganisation gefolgt. Ihre Sprüche konnten ja nicht übersehen werden; dieses neu organisierte Resthäuflein Kommunisten hatte plakatiert wie eine der zwei grossen Parteien. Sicher hat auch das manch einen, der sich denken konnte, dass so etwas viel Geld kostet, zu denken gegeben.

Sozialdemokraten hatten im Wahlkampf immer wieder gewarnt und gesagt, dass auch jede Stimme, die für diese DFU abgegeben würde

die SPD schädige und der CDU/CSU zu Buche schlagen müsste. Nunmehr wird die Richtigkeit dieser Behauptung durch die Ergebnisse des 17. September deutlich bestätigt.

Es gibt insgesamt 16 Wahlkreise in der Bundesrepublik, in denen die DFU zum Teil bedeutend mehr Stimmen sammeln konnte als der SPD Stimmen zum Direktmandat fehlten. Schliesslich kann man nicht sagen, dass die Sozialdemokratie ohne das Verhandensein der kommunistischen Tarnorganisation DFU 16 Direktmandate mehr gewonnen hätte. In einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen wäre das aber sicher so gewesen. Hier einige Beispiele:

Wahlkreis	Zum Direktmandat fehlten der SPD	DFU-Erststimmen
Pinneberg	866	2 305
Hildesheim	186	1 514
Wuppertal II	2 369	4 275
Böblingen	32	3 715
Reutlingen	616	3 058
München-Süd	1 092	5 289
Coburg	77	1 034

Erwartungsgemäss konnte die DFU weder die 5-Prozent-Hürde nehmen, noch ein Direktmandat erobern. Die insgesamt über 600 000 Stimmen sind also unter den Tisch gefallen. Nur diese 600 000 Stimmen haben einerseits, wie von den Kommunisten beabsichtigt, der einzigen Alternative zur CDU/CSU, der Sozialdemokratischen Partei, Schaden zugefügt und - der CDU/CSU genutzt. So wollte es Moskau, so wollte es Ulbricht. Sicher aber wollten das nicht viele gutgläubige Wähler, die diese kommunistische Tarnorganisation wählten, ohne wirklich Kommunisten zu sein.

+ + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler